

Liberaler Impulse

Aktuelle Fragen aus Wirtschafts-, Sozial-, Europa- und Sicherheitspolitik

Wien, November 2007 Nr. 04/07

Jens Tschbull

Von Homo- und anderen Ehen

Vom liberalen Standpunkt aus ist sexuelle Orientierung, die auf zustimmende Erwachsene gerichtet ist, eine Privatangelegenheit, die nicht unter die Reglementierungsvollmacht des Staates fällt.

Die Diskussion um amtlich registrierte eheähnliche Partnerschaften von homosexuellen und lesbischen Paaren zwingt allerdings zu einer Neubewertung der Förderung heterosexueller (Ehe-)Paare. Denn gleichgeschlechtliche Paare und deren Lobbyisten verweisen auf eine vermeintliche oder tatsächliche staatliche Bevorzugung heterosexueller Verbindungen, woraus sich eine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare ergäbe.

Eine solche Ungleichbehandlung, falls sie tatsächlich existiert und sachlich unbegründet ist, kann auf zwei Arten behoben werden:

- durch Kompensation der Nachteile der einen, oder
- durch Beseitigung der Bevorzugung der anderen Gruppe.

Die Vergleichsgruppe zu homosexuellen und lesbischen Paaren sind kinderlose (Ehe-)Paare. Diese sogenannten Dinkies (von DINK: double income no kids) haben eine ökonomisch außerordentlich günstige Lebensform für sich gewählt: wechselseitige Hilfestellung und Fixkostensenkung im Vergleich zu getrennten Ein-Personen-Haushalten. Dinkies gehören daher zu den finanziell am besten gestellten Gruppen innerhalb jeder sozialen Schicht. Natürlich auch homosexuelle und lesbische Dinkies.

Aus der Tatsache, daß zwei Erwachsene zusammenleben, ergibt sich kein Grund, sie aus öffentlichen Kassen zu alimentieren (zB Wohnbauförderung, Steuerbegünstigungen).

Diese Überlegung sollte genügen, um die finanziellen Wünsche der rosa-lila-Society an den Staat abzulehnen. Denn die Tatsache, daß eine Gruppe ungerechtfertigt zu Subventionen kommt, ist kein Grund, einer konkurrierenden Gruppe ebenfalls ungerechtfertigte Subventionen zuzugestehen.

Politisch eleganter als die barsche Ablehnung der neuen Wünsche wäre es jedoch, die Subventionierung kinderloser heterosexueller Paare einzustellen. Und im Gegenzug sämtliche finanziellen familienfördernden Zuschüsse oder Begünstigungen an das Vorhandensein von Kindern zu binden. Dadurch könnten Familien mit Kindern derart massiv gefördert werden, daß ein merkbares Echo in den Kreißsälen nicht ausbleibt. – Und die finanziellen Wünsche gleichgeschlechtlicher Dinkies wären gegenstandslos.

Büchse der Pandora

Im übrigen erweist sich eine eingetragene Partnerschaft, die materielle Vorteile bringt, bei näherem Hinsehen als Büchse der Pandora, aus der sich eine Fülle fast unlösbarer grotesker und peinlicher ethischer, juristischer, finanzieller und administrativer Probleme in den Rechtsstaat ergießt: Welche Paarungen drängen als nächstes zum Standesamt? Mütter, die im gemeinsamen Haushalt mit einer erwachsenen Tochter leben? Zwei Arbeitskollegen, die eine gemeinsame Wohnung einrichten und finanzielle Begünstigungen als Ehepaar erhoffen? (Wie wird Homosexualität amtlich nachgewiesen?)

Gibt es gleichgeschlechtliche Scheinehen, etwa im Zusammenhang mit Immigration und Familiennachzug?

Gibt es homosexuellen Inzest und ist der verboten, obwohl das verbotsbegründende Argument der Gesundheit der Nachkommen wegfällt (wenn zwei Brüder gemeinsam ein Haus bewohnen und Begünstigungen in Anspruch nehmen möchten)?

Gibt es bei gleichgeschlechtlichen Ehen die üblichen Trennungsgründe wie liebloses Verhalten oder Ehebruch?

Ist die bisherige Scheidungsjudikatur – etwa zu der Frage, was ehewidriges Verhalten ist – eins zu eins auf die eingetragenen Partnerschaften zu übertragen?

Gelten die Privilegien des Strafgesetzes für Vermögensdelikte im Familienkreis und bei Schutz eines Angehörigen vor Strafverfolgung?

Wird das Bigamieverbot schlagend, wenn ein bisexuell veranlagter Ehepartner auch eine eingetragene Partnerschaft eingeht?

Auch die steuerlichen Begünstigungen für Eheleute, die konsequenterweise auf eingetragene Partnerschaften anzuwenden wären, lassen eine Fülle von Komplikationen befürchten:

Alleinverdienerabsetzbetrag (wenn ein Partner wenig verdient).

Kosten eines Zweitwohnsitzes (wenn neben dem Familienwohnsitz aus beruflichen Gründen eine zweite Wohnung gemietet werden muß).

Selbstversicherung von Angehörigen in der Sozialversicherung (als Sonderausgabe).

Aufwendungen für Familienheimfahrten vom auswärtigen Arbeitsplatz (bis zu 220 Euro pro Monat Werbungskosten).

Im Sozialrecht: Mitversicherung von Angehörigen; Witwen- bzw. Witwerpensionen.

Usw. usw.

Aus liberaler Sicht ist den Volksvertretern zu empfehlen, gleichgeschlechtliche Beziehungen zwischen zustimmenden Erwachsenen als Teil der privaten Lebensführung von jeder staatlichen Reglementierung freizuhalten, und etwaige Interessenten aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung, der Justizökonomie sowie mangels öffentlichen Interesses auf das private Vertragsrecht zu verweisen.

Zwei Angehörige unseres Boards „Internationaler Konsulenten“ haben in zwei Workshops zum Thema der Entwicklung Chinas und der Einschätzung der aktuellen russischen Politik referiert. Wir bringen hier je eine Kurzfassung der Beiträge der beiden international hochgeschätzten Experten.

Peter W. Schulze

Zu Bewertung der russischen Innen- und Außenpolitik am Ende der zweiten Amtsperiode Putins

These 1: Die Restitution der Staatsautorität ist abgeschlossen, die industriell-technologische Restrukturierung der Wirtschaft wird eingeleitet

Am Ende der zweiten Amtsperiode des russischen Präsidenten Putin können wir feststellen, dass während seiner beiden Amtszeiten die politische Stabilisierung abgeschlossen, die transformationsbedingten Deformationen des Jelzin-Systems weitgehend beseitigt und eine eigenständige politische Machtbasis, eine „Partei der Macht“ geschaffen wurden. Regionale Machtgruppen und Oligarchie sind in die Vertikale der Macht integriert, die Dominanz des Politischen ist wiederhergestellt worden und der russische Staat hat seine Handlungsfähigkeit wiedererlangt. Das besagt nicht, dass der Kreml die wiedergewonnene Stärke rational, effektiv und zielfördernd einsetzt, um die Modernisierung und die Eingliederung des Landes in das internationale Staatensystem als geachteten und berechenbaren Akteur, zwei als Hauptanliegen russischer Politik genannte Ziele, umsichtig und rücksichtsvoll angeht. Aber wenigstens sind im Unterschied zur vorausgegangenen Dekade Prioritäten staatlichen Handels angegeben worden, obwohl noch ein systematischer Modernisierungsansatz. Aber vorausschauend kann Moskau nicht auf der Welle extrem hoher Energie- und Rohstoffpreise vertrauen, bleibt das Land doch ohne industriell-technologische Restrukturierung Rohstoffanhängsel der Weltwirtschaft. Indizien, dass diese Aufgabe angepackt wird, zeigen sich sowohl bei der Umsetzungen und Neubenennungen von Personen und Funktionen in der Regierung wie etwa Sergeij Iwanow, Sergeij Naryschkin, Dmitry Kosak und bei den Umstellungen im Wirtschaftsministerium. Überdies spricht auch die Entscheidung des jetzigen Präsidenten für die Duma zu kandidieren und möglicherweise das Amt des Premierministers anzustreben, für eine solche Entwicklung.

These 2: Nachhaltiges Wirtschaftswachstum eröffnet politische Handlungsoptionen

Bedingt durch die ungebrochene Nachfrage nach Energie und Rohstoffen auf dem Weltmarkt erlangte Moskau ähnlich den OPEC-Staaten nahezu eine Monopolstellung als globaler Gasproduzent und konnte aus Exportüberschüssen enorme Kapitalrücklagen bilden. Das Schreckenswort eines globalen Gas-Kartells unter Führung Russlands geisterte umher und entbehrt nicht realer Grundlagen. Russlands Energieressourcen offerieren dem Land für die kommenden Dekaden eine sehr komfortable Position und erlauben dem Kreml ein erhebliches Maß an Unabhängigkeit, Handlungsfreiheit und Flexibilität, die durchaus auch zur Unterfütterung von nationalen Interessen mit energiewirtschaftlichen Druckmitteln missbraucht werden kann. Es ist nicht auszuschließen, dass die russischen Machteliten sich gegen normative Kritik aus Washington und Brüssel in eine Wagenburg zurückziehen und sich auf die Doktrin eines russischen Sonderweges versteifen, die Anlehnung an historische Vorbilder einer „splendid Isolation“ hat.

Solche Gefahr ist real, denn nicht von ungefähr warnte jüngst der Chefideologe des Kreml Wladislaw Surkow vor Illusionen eines modischen Isolationismus oder eines russischen Sonderweges. Surkow kritisiert, dass Arroganz und Selbstüberheblichkeit wieder in Mode kommen. Das von ihm konzipierte Projekt „Souveräne Demokratie“ lehnt entschieden Vorstellungen einer „Festung Russland“ oder eines russischen „Sonderweges“ ab. Kerngedanke der „souveränen Demokratie“ ist, das die Ausgestaltung der politischen Ordnung,

der Werte und des Gesellschaftssystems nur im Einklang mit der eigenen Kultur und Traditionen vorgenommen werden kann. Diese Formel beschreibt den zukünftigen Entwicklungsgang des Landes entlang eines schmalen Grats von Isolationismus und Kooperation, unter Bewahrung politischer und soziokultureller Eigenständigkeit. Die Modernisierung Russlands, also der „Plan Putin“, das Erlangen internationaler Konkurrenzfähigkeit und die Anerkennung als Großmacht kann nur in Kooperation mit Europa und den USA erreicht werden. Russland wird sich weder in einen extern bestimmten Integrationszwang einpassen noch wird es fundamental von der europäischen Entwicklung abweichen. Damit zeigt der Kreml die Grenzen westlicher Einflussnahme, aber auch der eurasischen Option auf.

These 3: Russische Identität und self-assertiveness der Machtgruppen

Im Zuge der wirtschaftlichen Dynamik und der innenpolitischen Stabilisierung entstand ein neues Selbstbewusstsein, eine neue russische Identität formte sich. Und diese Identität wird von einer de-ideologisierten Machtelite in Politik und Wirtschaft getragen, die weder homogen ist, noch auf Militärs und Sicherheitskräfte reduziert werden kann wie westliche Medien so gern schwadronieren. Die neue Machtelite hat sowohl ihre sowjetischen Wurzeln abgestreift, aber auch im gnadenlosen Überlebenskampf der Jelzin-Ära jegliche Neigung für gesellschaftliche Ziele und Werte einzutreten, verloren. Trotz ihres Lebensstils orientiert sie sich weniger an westlichen Vorgaben. Sie vertraut selbstgewiss auf die eigene Kraft, die Erneuerung des Landes allein zu bewältigen. Die Bevölkerung und die heutigen Machteliten unterstützen mehrheitlich die politischen Ziele des Präsidenten, ein wirtschaftlich starkes, gesellschaftlich offenes und politisch stabiles, wenn möglich auch demokratisches Russland zu schaffen. Russland soll im internationalem Staatensystem die Vakanz wieder füllen, die mit dem Untergang der Sowjetunion eintrat und als verantwortungsvolle wie berechenbare Großmacht konstruktiv in der internationalen Staatengemeinschaft mitwirken

These 4: Asymmetrische Perzeptionen: Die Erosion der unipolaren Ordnungsvorstellung

Russland schwimmt auf einer Welle neuer Weltgeltung als globale Energiemacht. Gegenüber den 1990er Jahren scheint nun die Situation seitenverkehrt: Der „Westen“ muss sich an die neuen Bedingungen anpassen. Veränderungen im internationalen Machtgefüge legen die Revision der durch den Untergang der Sowjetunion ausgelösten Anomalie im internationalen System nahe. Einerseits bröckelt der US-amerikanische Führungsanspruch weltweit durch das Desaster im Irak und auch die transatlantischen Beziehungen sind von Spannungen durchzogen. Andererseits ist die Europäische Union, die sich noch bis zum Frühjahr 2005 als geopolitischer Machtfaktor für den osteuropäischen und postsowjetischen Raum wählte, in eine tiefe Sinnkrise geraten. Ihr Erweiterung wurde zum Pyrrhussieg für die innere Homogenität und Legitimation des politischen Projektes. Die Gefahr der Renationalisierung der Außen- und Sicherheitspolitik einiger Mitgliedsländer ist, wie die Vorstöße Warschaus und Prags in der Debatte über die Raketenabwehr zeigen, ebenso real wie zersetzend für das Projekt der gemeinsamen Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

Korrekturen des unipolaren Systems, seine Transformation oder Öffnung hin zu einer multipolaren Weltordnung, sind nach Moskau Ansicht längst in Gang gesetzt worden. Sie implizieren keinen Rückfall in die Denkschablonen des Kalten Krieges und des bipolaren Wettrüstens. Vor allem fehlt die ideologische Komponente, aber „herkömmliche“ Auseinandersetzungen um Machtvorteile werden ebenso zunehmen wie das Übergewicht westlicher Positionen in den internationalen Institutionen, besonders der UNO, abnehmen wird.

Auch der Kreml hat diese Veränderungen bislang nicht konzeptionell verarbeitet. Weil aber eine entsprechende Anpassung auf

westlicher Seite bis dato nur zögerlich oder kaum geleistet wurde, erscheint das russische Verhalten als Aufkündigung des Status quo, und demnach per se als „aggressiv“. Grundfigur der russischen Politik bleibt ihr triangulärer Zuschnitt. Weder impliziert Moskau einen Kurswechsel in den Beziehungen zu den USA, noch kann das zur Schau getragene Desinteresse des Kreml gegen den moralischen Zeigefinger aus Brüssel als Abwendung von Europa interpretiert werden. Im Gegenteil. Moskau demonstriert, so paradox es den Anschein haben mag, Kooperation. Aber **Zusammenarbeit unter Gleichen** und **gemeinsame Gestaltung** der anstehenden Ordnungsaufgaben in Europa (Kosovo, frozen conflicts) und in anderen Konfliktregionen der Welt.

Urs Schoettli

Chinas Rueckkehr auf die Weltbuehne

Chinas Modernisierungsprozess befindet sich in einer sehr wichtigen und auch anforderungsreichen Phase. 2007 stand ganz im Zeichen des 17. Kongresses der Kommunistischen Partei stehen, der schliesslich Mitte Oktober über die Bühne gegangen ist. Zwei Sachverhalte stehen im Zentrum dieses Kongresses: die Position von Hu Jintao und die Zielrichtung der Wirtschaftspolitik. Erste wichtige Weichen sind bereits im verjähren Herbst gestellt worden

Eines steht fest: Staats- und Parteichef Hu Jintao ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt der unumstrittene Führer des Landes. Er hat seine Position schrittweise konsolidiert. 2002 hatte der Machtwechsel von der dritten auf die vierte Führungsgeneration begonnen. Das Team Jiang Zemin, Li Peng und Zhu Rongji wurde durch das Team Hu Jintao, Wu Bangguo und Wen Jiabao ersetzt. Es war der bisher reibungsloseste Machtwechsel in der Geschichte der Volksrepublik.

Mochte Jiang Zemin die Absicht gehabt haben, ähnlich wie Deng Xiaoping, der Jiangs erste Führungsjahre als Übervater der Reformen dominiert hatte, sich in die Position eines „elder statesman“ zu hieven, so wurde schon bald klar, dass Hu Jintao dies nicht tolerieren würde. Schrittweise setzte sich Hu Jintao durch: 2002 wurde er Parteichef; 2003 folgte er Jiang Zemin als Staatspräsident; im Frühjahr 2005 übernahm er schliesslich den letzten Posten Jiang Zemin, den Vorsitz der einflussreichen Zentralen Militärkommission.

Noch hatte aber Jiang Zemin im Politbüro seine Vertrauten. Im Vorlauf zum 17. Partei-kongress und an diesem selbst musste Hu Jintao beweisen, dass auch er die volle Bewegungsfreiheit hat, um seine Vertrauten in Machtpositionen zu befördern, auf denen sich auf die 2012 fällige Nachfolge vorbereiten können. Die Absetzung des Schanghaier Parteichefs Chen Liangyu und dessen Inhaftierung unter Korruptionsverdacht war das Hauptmerkmal dieser Zäsur. Indem der Chef der Schanghaier Seilschaft abgesetzt wurde, demonstrierte Hu Jintao, dass es zu ihm keine Alternative mehr gibt. Gleichzeitig wurde auch manifest, dass Jiang Zemin, dessen Schützling Chen gewesen war, nicht mehr über ausreichend Macht verfügt, um Protektion gewährleisten zu können.

Jede chinesische Führungsgeneration hat ihre Slogans, in denen sich ihre politischen Ambitionen kondensieren lassen. Deng Xiaoping schuf die inzwischen legendären Sprichwörter „reich zu werden, ist wunderbar“ und „es spielt keine Rolle, ob eine Katze schwarz oder weiss ist, solange sie nur die Mäuse frisst“. Jiang Zemin's Hinterlassenschaft waren wiederum das eher mundane Kon-

zept von den „drei Vertretungen“, welche die Öffnung der KPC über die Bäurn- und Arbeiterschaft für fortschrittliche Unternehmer und Intellektuelle ermöglichen sollten. Die vierte Führungsgeneration hat, in den Worten Hu Jintaos, die Schaffung einer „harmonischen Gesellschaft“ auf ihre Fahnen geschrieben. Dieses Ziel, das am 17. Parteikongress in die Programmatik der KPC aufgenommen wurde, soll zusammen mit der Schaffung einer „massvollen Wohlstandsgesellschaft“ durch die Politik des „nachhaltigen Wachstums“ erreicht werden.

In den neunziger Jahren, unter Jiang Zemin und Zhu Rongji, der sogenannten „Schang-haier Lobby“, hatte Wachstum um jeden Preis als erstrebenswertes Ziel gegolten. Eine Reihe von Entwicklungen hat einen Kurswechsel notwendig werden lassen. Ein stürmisches Wirtschaftswachstum trifft nach Meinung der heutigen Führung auf vier Grenzen:

- die Umwelt: China sieht sich mit rasch wachsenden ökologischen Herausforderungen konfrontiert;
- die Ressourcenbasis: es gibt eine Reihe von ernsthaften Engpässen, so in der Stromversorgung oder in der Infrastruktur, die mit einem anhaltend hohen Wachstum nicht Schritt halten können; zudem leidet China an erheblicher Ressourcenverschwendung;
- die Gesellschaft: das wachsende Reichtumsgefälle innerhalb der Bevölkerung sowie zwischen den Regionen gefährdet die soziale Stabilität Chinas;
- die steigenden Rohstoffkosten.

Das neue Ziel eines „nachhaltigen Wachstums“ ist ein schwieriges Unterfangen, nicht zuletzt deshalb, weil China in verschiedenen Jahrhunderten lebt. Während in den reichen Regionen und Städten eine konjunkturelle Abkühlung sinnvoll ist, um den Aufbau von Spekulationsblasen und exzessiven Kapazitäten zu verhindern, ist im grössten Teil Chinas der Lebensstandard der Bevölkerung so bescheiden, dass jede Zurückbindung des Wirtschaftswachstums als unverantwortlich erscheint.

Hinzu kommt, dass in einem System, das in politischer Hinsicht nach wie vor dem Leninschen Prinzip des Zentralismus huldigt, die Einführung eines so vagen Zieles wie „nachhaltiges Wachstum“ zu Spannungen Anlass gibt. In der Vergangenheit kannten die Bürokraten und Parteikader auf den unteren Ebenen, was von ihnen er-

wartet wurde: soviel Wachstum als möglich – je höher das Wachstum, desto besser die Karriere-aussichten. Heute ist dies nicht mehr so klar. Man vermutet, dass die Führung ein Wirtschaftswachstum von 8 Prozent für erwünschenswert erachtet, doch die Zahlen für die ersten drei Viertel des Jahres 2007 liegen kräftig darüber. Hinzu kommen die mächtigen Sonderinteressen von Provinzfürsten. Gerade die reicheren Provinzen wollen sich nicht an eine Selbstbeschränkung beim Wachstum halten.

Dass Hu Jintao sich mit dem Ziel eines „nachhaltigen Wachstums“ bisher nicht klar durchzusetzen vermocht hat, hat seinem Prestige sicher nicht genutzt. Deshalb war es höchste Zeit, im vergangenen Sommer Entschlusskraft zu demonstrieren. Mit der Demontierung des Schanghaier Parteichefs und der Emaskulation der Schanghaier Lobby hat Hu Jintao zumindest einen deutlichen Beweis seiner Entschlossenheit geliefert. Es wäre indessen falsch zu vermuten, dass damit alle Konfliktmöglichkeiten und Rivalitäten beseitigt worden wären.

Die KPC ist kein Monolith. Sie umfasst im wesentlichen drei Richtungen, die Traditionalisten (Maoisten), die Modernisierer und – dies ist die bei weitem grösste Gruppe – die Pragmatiker (Opportunisten). So lange die Wirtschaft floriert, werden die Pragmatiker den Modernisierern das Feld überlassen. Dies ändert sich jedoch drastisch, sobald es wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt. Ohne Zweifel würden in einer Krisensituation die Traditionalisten (Maoisten) eine erheblich grössere Massenbasis haben als die Modernisierer, was im Notfall die Opportunisten auf die Seite der Traditionalisten überschwenken lassen würde.

Die KPC-Herrschaft ist mit zwei Hauptproblemen konfrontiert: einer prekären Legitimität und dem Krebsgeschwür der Korruption. Mit wachsender Distanz zur Gründung der Volksrepublik hat sich die historische Legitimität der KPC-Herrschaft vermindert. Mit der vierten Führungsgeneration ist nun erstmals in der Geschichte der Volksrepublik eine Generation an der Macht, die zum Zeitpunkt, als der Bürgerkrieg endete, im Kleinkindalter war und nichts mit dem Aufbau der neuen Ordnung zu tun hatte. In Ermangelung eines demokratischen Mandats beruht zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Legitimität der alleinigen KPC-Herrschaft ausschliesslich auf ihrem wirtschaftlichen Erfolg. Indem sie dem Land ein anhaltend hohes Wachstum beschert, lässt sich ihre Herrschaft rechtfertigen.

Die Korruption ist, so ein Ausspruch von Hu Jintao, die grösste Herausforderung an die Stabilität Chinas. Gelingt es nicht, sie wirksam zu bekämpfen, so ist das herrschende System in Gefahr. Gefährlich ist, dass in der Öffentlichkeit inzwischen weitherum die Meinung herrscht, die gesamte politische Führung sei korrupt. Es kann indessen keinen Zweifel geben, dass es zum einen zahlreiche Parteikader und Technokraten gibt, die nicht korumpiert sind und dass zum anderen es Hu Jintao mit dem Kampf gegen die Korruption ernst ist. Die Frage ist bloss, ob auf der Basis des bestehenden Systems dieser

Kampf erfolgreich geführt werden kann. Solange es keine rechtsstaatliche Ordnung gibt, hängt auch dem Kampf gegen korrupte Funktionäre stets der Geruch der Willkür an. Der jüngste Fall des Schanghaier Parteisekretärs wurde denn auch von vielen Chinesen sarkastisch damit kommentiert, dass dieser schlicht das Opfer eines parteiinternen Machtkampfes war und dass der Korruptionsvorwurf nur als Vorwand gedient hatte.

Die Integration Chinas in die Weltwirtschaft konfrontiert die chinesische Führung mit zwei Herausforderungen: Zum einen ist die immer deutlicher sichtbare internationale Präsenz in China ein prominenter Teil des Reichtumsgefälles. Die in China tätigen Ausländer verdienen viel mehr als die Chinesen und wie zu den Zeiten der sogenannten Konzessionen im 19. und frühen 20. Jahrhundert wohnen die Ausländer in privilegierten Ghettos. Zur Mobilisierung von xenophoben Ressentiments gibt es somit genügend Anschauungsmaterial. Zum zweiten bedingt die Integration Chinas in die Weltwirtschaft, dass die chinesische Führung erstmals keine vollständige Kontrolle mehr über ihre Wirtschaft hat. Verwerfungen in der Weltwirtschaft haben notwendigerweise eine Auswirkung auf den Gang der chinesischen Wirtschaft.

Wie überall in der Welt ist es auch in China nützlich und populär, im Falle von Schwierigkeiten Sündenböcke zu suchen. Wie überall in der Welt gibt es auch in China, auch in der KPC und auch unter den führenden Kadern der KPC Menschen, die in solchen Situationen gerne die chauvinistische, xenophobe Karte ausspielen. Derzeit sieht es so aus, als ob Hu Jintao, ohne selbst voll auf eine fremdenfeindliche Linie einzuschwenken, diesen Kräften doch einen gewissen Goodwill zukommen lässt. Überblickt man die Entwicklung der letzten drei Jahre, so ist unverkennbar, dass Washingtons sehr fragliche Intervention gegen den Aufkauf von Unocal durch die chinesische Erdölfirma CNOOC eine willkommene Argumentationshilfe für diejenigen Kräfte geliefert hat, die der Öffnung der chinesischen Wirtschaft, ja den Reformen insgesamt schon immer sehr skeptisch gesinnt waren. Hinzu kommt, dass mit wachsender Wirtschaftskraft – man denke in diesem Zusammenhang an den Rekordstand der Devisenreserven – das nationale Selbstbewusstsein kräftig wächst und diejenigen Stimmen einen Auftrieb erhalten, die dafür plädieren, Privilegien für Ausländer abzuschaffen. Erste Anzeichen sind dafür bereits bei Änderungen in der Unternehmensbesteuerung zu erkennen. Schliesslich gilt es, als dritte Gruppe die erfolgreichen chinesischen Unternehmen zu berücksichtigen, die mit fairen oder auch unfairen Mitteln ihre ausländische Konkurrenz aus dem Feld schlagen wollen. Man denke in diesem Zusammenhang an jüngste konsumenten- und umweltorientierte Kampagnen gegen Multinationale Gesellschaften in China. Handkehrum schießt sich derweil ein Teil der westlichen Medien auf gesundheitsgefährliche Spielwaren ein, die von den Chinesen rund um den Erball verschickt werden. Material für eine gegenseitige Eskalation von protektionistischen und chauvinistischen Stimmungen und Massnahmen ist jedenfalls genügend vorhanden ...

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und proeuropäischer Think-Tank für Österreich.

Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms

lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen.

Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

Impressum:

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für liberale Politik Wien
Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.Prof.DDr. Erich Reiter
Alle: Fleischmarkt 18/15, 1010 Wien
Gesamtherstellung: Offsetdruck Ing. H. Kurz GmbH, A-8665 Langenwang